

6. MÄRZ KOMMUNALWAHL

Für ein soziales Kassel - wählen gehen

Die Politik von SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD macht Kassel unsozial - die Kasseler Linke dagegen will ein 100% soziales Kassel.

Nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße, in Solidarität und gemeinsam mit Beschäftigten, Geflüchteten, Eltern, Jugendlichen, RentnerInnen und allen Menschen, die hier leben. Egal, ob es um den Erhalt der Stadtteilbibliotheken oder der kommunalen Schwimmbäder geht, um Wohnraum, dezentrale Unterbringung Geflüchteter, eine gute Finanzierung der Inklusion oder TTIP: Wir engagieren uns und kämpfen auf kommunaler Ebene für soziale Gerechtigkeit, gegen Kürzungen und gegen die profitorientierte Kommunalpolitik von Rot-Grün. Wir wollen, dass die Bedürfnisse der Menschen und nicht herbeigedichtete Sachzwänge die Politik bestimmen.

Die Stadt hat seit drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt. Aber das Primat von Zahlen steht bei Oberbürgermeister Hilgen und Co. über den Bedürfnissen der Menschen, die in dieser Stadt leben. Momentan bekommen das zuerst Geflüchtete zu spüren, die alles zurückgelassen haben und hier auf engstem Raum eingepfercht werden. Wir setzen uns dafür ein, allen die kulturelle, soziale und politische Teilhabe in der Stadt zu ermöglichen.

Die Umverteilung des Reichtums verläuft in der BRD über Steuerflucht und Steuerensenkungen für Reiche, Aufkündigung von Tarifverträgen, Lohndumping und Privatisierung von öffentlichen Aufgaben. Das Geld ist da, es ist nur in den falschen Händen! Trotzdem werden die Schuldigen für Armut, schlechte Lebensbedingungen und strukturelle Gewalt unter denen gesucht, die am wenigsten besitzen. Die aktuelle Situation ist nicht die Schuld von Geflüchteten, sondern der herrschenden Parteien, die nicht unsere Interessen, sondern die der Vermögenden vertreten. Ihre Politik trifft uns alle unmittelbar, unabhängig von der Herkunft, und dient zugleich den RassistenInnen als Instrument der Hetze. Sollte die AfD ins Kommunalparlament einziehen, werden wir jede Gelegenheit nutzen, um gegen sie zu mobilisieren. Eine Stadt



für alle bedeutet: Eine Stadt ohne Diskriminierung und AfD.

Die Mieten sind rasant gestiegen, es fehlt bezahlbarer Wohnraum. Wir wollen Wohnraum vor allem für Menschen mit geringem Einkommen. Die GWG muss besser kontrolliert und stärker beim Bau von neuem Wohnraum aktiv werden.

Minijobs, befristete Verträge, Dumpinglöhne, Teilzeit, Leiharbeit werden zur Regel. Aufstocken durch Hartz IV ist keine Seltenheit mehr. Vor allem Frauen sind von schlechten Arbeitsbedingungen betroffen. Wir fordern eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen und LeiharbeiterInnen: Endlich gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Wir solidarisieren uns mit den Tarifikämpfern für bessere Bezahlung, einen höheren Personalschlüssel und Arbeitsentlastung. Es sind gerade die KollegInnen, die in den Kitas, Sozialeinrichtungen und Schulen für die Betreuung von Geflüchteten sorgen, deren Jobs so schlecht bezahlt sind. Dazu kommt die viel zu geringe Personalausstattung. Wir fordern eine Wochenarbeitszeit

von 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die Arbeit gerecht zu verteilen.

Die Bundesregierung erlaubt weiter Waffenexporte an kriegsführende Staaten wie Türkei oder Saudi-Arabien. Auch Kassel verdient über die Gewerbesteuer an der Kriegsindustrie, die das Leben von Millionen von Menschen bedroht. Die Waffenindustrie muss gestoppt werden, das Geld für soziale Projekte, Bildung, Gesundheit und Kultur eingesetzt werden.

In Kassel konnte eine große Bewegung die Schließung der Schwimmbäder in Harleshausen und Wilhelmshöhe verhindern, ein Bündnis setzt sich gegen das ‚Streichkonzert‘ der KVG zur Wehr, die rassistischen KAGIDA-Montagsdemos wurden in die Schranken verwiesen und auch hier wurden große Demos gegen TTIP und Co. organisiert. Das bedeutet: Wählen allein reicht nicht aus! Werdet aktiv! Gemeinsamer und solidarischer Widerstand ist möglich und notwendig.

Anne Engelhardt

VOM KLEINEN KÖNIG

Das Salzmann-Märchen

Es war einmal eine Stadt, die hatte den schönsten Bergpark weit und breit und ein Märchen-Museum, das weltweit einzigartig war. Der König sonnte sich im Ruhm dieses Bergparks und seiner Museen und die Lobgesänge fehlten in keiner Ansprache an sein Volk. Der König liebte es, die Stadt von ganz oben zu betrachten, denn dann konnte er die Armen in der Stadt nicht sehen, deren Geld nie bis zum Ende des Monats reichte.

Vor einiger Zeit grübelte der König, was in seiner schönen Stadt noch fehlen möge und sein Berater sprach: „Du brauchst eine Multifunktionshalle, zu der die Menschen von Nah und Fern strömen werden, um sich an dem Spiel der besten Eishockey- und Handballmannschaften trefflichst zu ergötzen. Im Osten der Stadt steht ein wundersames altes Gebäude, das dem Müller gehört. Der ärgert sich, weil sich in dem Haus nur arme Künstler, Musiker und Fahrleute herumtreiben, die ihm kein Geld einbringen. Lasst uns dort die Multifunktionshalle errichten.“

Der Müller, der wie alle Reichen nie genug Geld kriegen konnte, witterte die Gelegenheit, den König zu schröpfen und willigte ein. Des Königs Traum von der Multifunktionshalle zerplatzte mitten im schönsten Träumen, weil auf dem Salzmann-Gebäude – es hieß seit alten Zeiten Salzmann, obwohl es dem Müller gehörte

- ein böser Spekulanten-Fluch lag.

Der König verstand nicht so recht, was geschehen war und meinte, dem Müller etwas schuldig zu sein und sprach zu dem Müller: „Baue für meine Stadt bei Salzmann ein neues Rathaus – ich will es dir fürstlich lohnen.“ So jagte der Müller die armen Künstler und Gaukler aus dem Salzmann-Haus und errichtete darin aus Pappe neue Räume, die er dem König vorführte: „Schaut her mein König, so schön wird Euer neues Rathaus werden.“ Der Müller, in seiner Gier auf das Geld, hatte sich aber völlig verrechnet und der Spekulanten-Fluch ließ auch den neuen Traum des Königs platzen.

Und weil in einem Märchen aller guten und bösen Dinge Drei sind, ließ der König Kundschafter im ganzen Land nach Rat fragen, was mit dem wundersamen Salzmann-Gebäude getan werden könne. Und sieh da, es fand sich ein ehrgeiziger Baumeister ein, der versprach: „Mein König, ich werde dieses Gebäude in einen außergewöhnlichen Palast für die reichsten deiner Untertanen verwandeln.“

Der König, der immer noch nicht so recht verstand, was gespielt wurde, war hocherfreut und sprach: „So soll es geschehen.“

Ihr, liebe Leserinnen und Leser, ahnt es

schon. Der Baumeister hatte den Mund zu voll genommen. Denn weil die Reichen schon in ihren Palästen wohnten, was brauchten sie noch einen Palast im Osten der Stadt? Der Baumeister schlich sich leise davon. Nun war guter Rat teuer. Das wunderschöne Gebäude verfiel zusehends, es ächzte im Sturm, es troff bei Regen vor Nässe, es zitterte und bröckelte im Frost.

Der König aber nahm fortan das Wort „Salzmann“ nicht mehr in den Mund. In seinen Ansprachen lobte er sich, den Bergpark und das Märchen-Museum. Und zu seinem Bau-Dezernenten sprach er: „Sieh zu, wie du das Volk beschwichtigst.“

Der Müller aber, wenn er nicht gestorben ist, spekuliert immer noch auf den großen Reibach.

Stopp – so kann kein Märchen enden – Märchen müssen gut ausgehen. Also liebe Leserinnen und Leser, schreibt selbst einen guten Schluss! Rückt dem König auf die Pelle. Die Künstler, Musiker, Gaukler müssen wieder bei Salzmann einziehen und vertrieben gehört der Müller. Und am Schluss gibt es ein großes Fest – wenn er ein Einsehen in seine Dummheit hat meinetwegen auch mit dem König.

Norbert Domes



Kassel kann's ...



Die neue Friedrich-Ebert-Straße, der neue, grandiose Goethestraßenboulevard: sicherlich ein Highlight in Richtung auf eine umweltfreundlichere, das Auto nicht mehr so stark privilegierende Stadt. Vieles ist hier richtig gemacht worden, auch in Sachen Bürgerbeteiligung. Warum die Stadt die 3,1 Mio für die Fortsetzung des Umbaus in Richtung Bebelplatz in die technische Infrastruktur für die mehr als fragwürdige Gewerbeerweiterung im Langen Feld verschoben hat, diese Frage wird hoffentlich nicht nur von uns gestellt werden!

Eckhard Jochum

REFUGEES WELCOME

Gemeinsam sind wir Kassel

zwischen leben in Kassel ungefähr 2000 Flüchtlinge, überwiegend noch in Erstaufnahmeeinrichtungen oder in Gemeinschaftsunterkünften.

Nach festen Unterkünften wird endlich intensiv gesucht und siehe da, sie werden auch gefunden. Das ist gut, denn noch im letzten Jahr gab es die Debatte, ob Container aufgestellt werden. Der öffentliche Druck wirkte: Langsam scheint in die Wohnungsfrage Bewegung zu kommen. Aber die Versäumnisse der letzten Jahre im sozialen Wohnungsbau rächen sich. Wir brauchen genügend Wohnraum, damit geflüchtete Menschen sich ein neues Leben aufbauen können. Auch das ist eine Forderung, die seit Jahren vorgebracht wird von Sozialverbänden, Studierenden, dem Mieterbund, der Kasseler Linken: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle!

Die Anträge der Kasseler Linken wurden regelmäßig von der SPD/Grünen Mehrheit abgelehnt. Schon letztes Jahr hat die Fraktion auch kommunale Zuschüsse für durch Spenden finanzierten Sprachkurse gefordert. Fast ein Jahr lang wurde der Antrag zur Gesundheitskarte, die sowohl die Gesundheitsversorgung verbessern als auch die Kosten senken würde, diskutiert. Im Dezember wurde auch dieser Antrag schließlich von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Flüchtlingen helfen, heißt vor allem, langfristige Perspektiven durch Sprachkurse, gute Ausbildung und Begegnungsräumen im Alltag zu ermöglichen. Integration heißt nicht, dass die Flüchtlinge sich einseitig anzupassen haben, sondern es geht darum, sich zu begegnen, voneinander zu lernen, damit Vorurteile und Feindbilder keine Chancen haben.

Kriege beenden

Die verfehlte Politik der vergangenen Jahre auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene rächt sich nun, denn es war absehbar, dass Flüchtlinge angesichts der Kriege und der kapitalistischen Weltwirtschaft auch hierher kommen werden. Kein Mensch flieht freiwillig – egal aus welchem Grund: Krieg, Armut, politische Verfolgung, Klimawandel. Kassel

trägt als Rüstungsstandort einen nicht unwesentlichen Teil dazu bei, dass Menschen aus anderen Ländern fliehen müssen. Dennoch wird die Rüstungsindustrie hier geschützt und die Gewerbesteuer niedrig gehalten. Das ist pure Heuchelei. Als Kas-



Kommunalwahlen am 6. März 2016

**Flüchtlingen helfen.
Kriege beenden.
Rassisten stoppen.**

seler Linke treten wir deshalb seit langer Zeit für Konversion ein und sehen uns als Teil der Friedensbewegung. Wir müssen gesellschaftlich umdenken: Weg von der Kriegslogik, hin zu einer gerechteren Weltordnung. Waffen schaffen keine Gerechtigkeit! Und an den Schulen brauchen wir eine Erziehung zur Solidarität und zum Frieden statt Werbung für die Bundeswehr!

Rassisten stoppen

Statt aber die Fluchtursachen und die Ursachen für die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu bekämpfen, versuchen manche, Angst zu verbreiten und gegen Flüchtlinge zu hetzen. 2015 gab es in Deutschland 528 Übergriffe auf Unterkünfte. In nicht einmal 25% der Fälle wurden die Täter gefasst (proasyl.de). In Kassel ist es bisher gelungen, dass Kagida hier keinen Fuß fassen konnte, auch dank der großen Gegenkundgebungen. In der Kommunalwahl setzt die AfD auf Rechtspopulismus und fand bei der dafür notwendigen Unterschriftensammlung Unterstützung von der HNA.

Rassisten müssen gestoppt werden. Es kommt darauf an, dass wir gemeinsam die soziale Frage ins Zentrum rücken, statt Geflüchtete pauschal als Sicherheitsrisiko und als Ursache sozialer Verwerfungen in unserer Gesellschaft anzusehen. Unsere Forderungen: Bezahlbaren Wohnraum für Alle. Bildung für Alle. Mobilität für Alle.

Übrigens hat die Kasseler Linke als konkrete Unterstützung nun auch den Sozialkompass ins Englische und teilweise ins Französische übersetzt. Ab sofort ist er auch auf Mobiltelefonen nutzbar.

Marlis Wilde-Stockmeyer und Violetta Bock



6. März Kommunalwahl - sozial wählen

1. Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer



Damit Integration gelingen kann, müssen die Geflüchteten zuerst raus aus den Massenunterkünften. Neben Sprachkursen sind interkulturelle Möglichkeiten des Austauschs zu organisieren. Für Geflüchtete und Einheimische, damit Vorurteile und Feindbilder keine Chancen haben.

2. Simon Aulepp



In Kassel fehlen günstige Wohnungen, Schulen zerfallen, prekäre Beschäftigung ist an der Tagesordnung, Buslinien sollen gekürzt, Seniorenwohnanlagen verkauft werden. Schuld trifft nicht Geflüchtete, sondern die Politik der Herrschenden. Daher brauchen wir eine gemeinsame Protestbewegung.

3. Vera Kaufmann



Bezahlbarer Wohnraum für Geringverdienende, BezieherInnen von Sozialleistungen, Studierende, Azubis und Geflüchtete ist in Kassel Mangelware. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG ist hier in der Pflicht, durch Zukauf, Umbau und Neubau von Wohnungen für Abhilfe zu sorgen.

4. Lutz Getzschmann



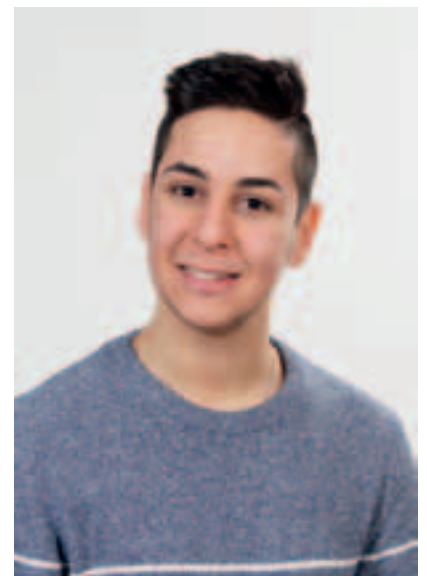
Wir treten für mehr Stellen für die allgemeine Schulsozialarbeit und für die Maßnahmen zur Integration und Inklusion von SchülerInnen mit besonderen Problemlagen ein. Vollständige öffentliche Finanzierung von Schulen statt Spenden und Sponsoring.

5. Stephanie Schury



Für eine dauerhafte Etablierung von Jugendkulturprojekten und Freizeiteinrichtungen statt unsicherer Finanzierung und drohenden Schließungen.

6. Ilker Sengül



Rassismus hat keinen Platz unter Jugendlichen. Wir stehen für internationale Solidarität – alle gemeinsam gegen rechte Provokationen und Angriffe.

Kasseler Linke Liste 6

7. Mirko Düsterdieck



Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in Kassel! Wer wenig Geld hat, ist auf kommunale Einrichtungen angewiesen. Deshalb muss die kommunale Infrastruktur nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden!

8. Mark Bienkowski



Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Auf städtischer Ebene muss ein Ausgleich für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden.

9. David Redelberger



Bei der antirassistischen Bewegung gegen Kagida waren Jugendliche vorne mit dabei. Wir tragen solche Proteste und Bewegungen ins Parlament und nutzen diese Plattform, um die Anliegen von Jugendlichen zu unterstützen.

10. Violetta Bock



Die KVG-Netzreform ist ein weiterer Angriff auf Menschen mit wenig Geld, denn gerade sie sind auf den Nahverkehr angewiesen, genauso wie Ältere und Menschen mit Behinderung. Wir brauchen einen Ausbau des Nahverkehrs und eine Senkung der Fahrpreise.

Unsere Kandidat*innen ab Listenplatz 11 für die Stadtverordnetenversammlung

- | | | | |
|----|--------------------|----|--------------------|
| 11 | Andreas Szopa | 21 | Axel Selbert |
| 12 | Frank Habermann | 22 | Petra Aulepp-Wulff |
| 13 | Marianne Hellwig | 23 | Martin Gertenbach |
| 14 | Malte Spiekermann | 24 | Renate Gaß |
| 15 | Ali Timtik | 25 | Jochen Boczkowski |
| 16 | Gerald Kleinhempel | 26 | Marianne Bolbach |
| 17 | Manfred Alter | 27 | Kai Boeddinghaus |
| 18 | Katja Hoffmann | 28 | Jens Meyer |
| 19 | Norbert Domes | 29 | Ulrich Restat |
| 20 | Leonie Blume | 30 | Renate Meischke |

Wählen Sie
am 6. März
Liste 6

 **KASSELER LINKE**

www.kasseler-linke.de

Folge uns
auf Facebook



SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST

Ein Kampf um den Wert sozialer Arbeit

Im Herbst 2015 endete der Tarifkampf im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) zwischen ver.di/GEW und dem Verband kommunaler Arbeitgeber (VKA).

Zentrale Forderung der Auseinandersetzung war die Aufwertung der Einkommen der Beschäftigten durch Neuregelung der Eingruppierung im Umfang von durchschnittlich zehn Prozent. Betreuungs- und Sorgearbeit gilt leider immer noch als „klassische Frauenarbeit“ – Beschäftigte werden durch niedrige Löhne diskriminiert.

Im Sozial- und Erziehungsdienst stehen zudem ein verschlechterter Personalschlüssel und Sozialkürzungen den steigenden Anforderungen wie frühkindliche Erziehung, Inklusion oder die Betreuung Geflüchteter gegenüber. Dass ver.di mit der Aufwertungskampagne einen Nerv traf, zeigte spätestens die beeindruckende Streikbeteiligung: Mit über 90 % Zustimmung wurde der unbefristete Streik ausgerufen. Vier Wochen lang folgte ein beispielloser Arbeitskampf. Da durch den Streik kaum ökonomischer Druck aufgebaut werden konnte, war es entscheidend, vor allem die Öffentlichkeit zu überzeugen und mit den Eltern den Schulterchluss zu suchen.

In Kassel beteiligte sich die LINKE an Streikaktionen. Mit dem Streik-Solidaritätskomitee SuE wurden u. a. Eltern informiert, wie sie den Streik unterstützen konnten. Die Hochschulgruppe SDS machte den Streik an der Universität bekannt und lud gemeinsam mit ver.di zu einer großen Diskussionsveranstaltung ein. Zudem solidarisierte sich auf Initiative des SDS der AStA der Uni Kassel mit den Kolleg*innen.

Beim Streik war die demokratische Strategie bedeutsam. Die Beschäftigten konnten teilweise selbst über ihre Streiktaktik entscheiden. Delegiertenkonferenzen ermöglichten einen bundesweiten

Austausch. Das sollte auch für die kommende Tarifrunde Bund und Kommunen übernommen werden. Alle wichtigen Entscheidungen, inklusive Streikabbruch oder -unterbrechung sollten von den Mitgliedern selbst getroffen werden. Parallel zum Streik im SuE gab es auch Auseinandersetzungen bei der Post, im Einzelhandel und bei Amazon. Diese hätten in gemeinsame Streikversammlungen und Aktionen münden können. So ein Kampfschritt ist besonders für den SuE von Bedeutung, da er vor allem über die Solidarität mit anderen Bereichen mehr Eltern und mehr Druck erreicht hätte. Außerdem wurde versäumt, Kirchen und freie Träger in den Streik einzubeziehen. Dadurch konnte nur ein Drittel der Kolleg*innen des SuE an der Auseinandersetzung teilnehmen.

Nach vier Wochen forderte der Verband kommunaler Arbeitgeber eine Schlichtung. Ver.di stimmte zu und beendete den Streik. Damit wurde der Enthusiasmus der Beschäftigten abrupt ausgebremst. Dieses Vorgehen wurde nicht nur von den Streikenden selbst, sondern auch von vielen Eltern und Gewerkschafter*innen kritisiert. Die Streikenden waren vor allem aufgebracht, weil sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Mit der Schlichtung begann die Friedenspflicht und mit ihr erneute Verhandlungen. Ende Juni einigten sich die Schlichter auf eine Gehaltserhöhung von 1 bis 4,5 Prozent. Die Kolleg*innen forderten nach Diskussionen auf einer Streikdelegiertenkonferenz eine Mitgliederbefragung ein. Bei dieser wurde das Schlichtungsergebnis mit 70 Prozent abgelehnt. Ein neues Verhandlungsergebnis enthielt nur kleine Verbesserungen, das gegenüber dem Schlichtungsergebnis, welches in der Mitgliederbefragung abgelehnt wurde, dem VKA nur neun Millionen mehr gekostet hat (bei einem Gesamtvolumen von 315 Millionen Euro im Jahr). Besonders die Sozialarbeiter*innen gehen in vielen Bereichen leer aus. Die lange Laufzeit von fünf Jahren ist ein weiterer Kritikpunkt. Die Beschäftigten stimmten dennoch mit Bauchschmerzen zu. Sie wussten nicht, wie der Streik weitergehen sollte. Die ver.di – Führung hatte mehrfach deutlich gemacht, dass sie nicht bereit war, den Streik noch einmal hochzufahren. 20.000-25.000 Kolleg*innen sind bei ver.di

eingetreten. Doch wie schon nach dem schlechten Ergebnis 2011 besteht nun die Gefahr einer Austrittswelle. Das wäre fatal, denn die SuE Beschäftigten hatten einmal mehr ihre hohe Mobilisierungsfähigkeit bewiesen.

► Rückerstattung der Gebühren

Die Kasseler Linke stand von Beginn an der Seite der streikenden Beschäftigten. Unser Anliegen, mit einem Resolutionsantrag in der Stadtverordnetenversammlung eine Bekräftigung der berechtigten Forderungen von ver.di und GEW zu erreichen, wurde von der regierenden SPD/GRÜNE Rathauskooperation abgelehnt. Dies hätte ein starkes Signal für die Verhandlungspartner auf Arbeitgeberseite aber auch für die bei der Stadt Kassel Beschäftigten in den betroffenen Bereichen bedeutet.

Der Streik hat durch die Blockadehaltung der kommunalen Arbeitgeber die Geduld der Eltern wochenlang auf eine harte Probe gestellt. Nach Ende des Streiks dann der nächste Schlag ins Gesicht: SPD und GRÜNE weigerten sich, die bereits für den Streikzeitraum gezahlten Gebühren und Mittagessen vollständig zurückzuzahlen. In anderen Kommunen, wie in Gießen, kein Problem, nur in Kassel knausert man auf dem Rücken der Eltern. Es brauchte u.a. einen Antrag der Kasseler Linke zur unbürokratischen vollständigen Erstattung, der den Stein ins Rollen brachte.

Die letztendlich beschlossene Begrenzung der Rückerstattung auf 66% der entrichteten Kosten- und Verpflegungskostenbeiträge trifft vor allem einkommensschwache Alleinerziehende und Familien. Neben dem erhöhten Koordinationsbedarf während des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst im Mai und Juni sind auch zusätzliche Kosten durch die anderweitige Unterbringung ihrer Kinder entstanden. Angesichts eines Millionenüberschusses des städtischen Haushaltes ist es völlig unverständlich, dass Mehrkosten von 75.000 Euro für die vollständige Gebührenerstattung nicht erfolgen.

Eltern, die während des Streiks keinen Notdienst in Anspruch genommen haben, können die Erstattung schriftlich beantragen – formlos entweder beim Jugendamt, direkt in der jeweiligen Kindertagesstätte oder per E-Mail an: jugendamt@kassel.de



1. Mai Demonstration 2014

K+S

Umweltbelastung durch Salzabwässer stoppen

Um den Düngemittelhersteller K+S gab es in letzter Zeit fast schon zu viele Meldungen: Mal ging es um Stapelbecken im Landkreis Kassel, um Strafanzeigen und polizeiliche Untersuchungen, mal um Gewässerschutz und Kurzarbeit. Es wird immer schwieriger, durch diesen Dschungel an Informationen durchzusteigen und zu verstehen, worum es eigentlich geht.

Im Kern geht's auf der einen Seite um das Interesse des Konzerns K+S, für ökologische Anforderungen möglichst wenig Geld auszugeben und erforderliche Schutzmaßnahmen für Fluss- und Grundwasser möglichst lange zu verzögern, auf der anderen Seite um die Interessen der Menschen der Region. Die möchten langfristige Sicherheit für das Lebensmittel Nummer 1: sauberes Trinkwasser und kein Salz mehr in Werra und Weser. Die Beschäftigten von K+S wiederum wollen ihre Arbeitsplätze noch möglichst lange erhalten sehen.

Weil wir einen großen Teil unseres Trinkwassers aus dem Grundwasser beziehen, wird es vom Gesetzgeber besonders geschützt. In § 48 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) heißt es zur Reinhaltung des Grundwassers, dass nur dann die Einleitung von Stoffen ins Grundwasser erlaubt werden kann, „wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.“

Bei der Kaliproduktion fallen jedoch gigantische Mengen Abwasser an. Dazu kommt noch weiteres salzhaltiges Wasser, das aus den Salzhalden durch Regen ausgespült wird. Dieses Wasser wird von K+S zur Zeit noch durch Verpressen in den Untergrund entsorgt bzw. direkt in die Werra eingeleitet. Nach einem Gutachten des gänzlich unverdächtigen Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) wird eindeutig festgestellt, dass man sich um das Grundwasser nicht nur Sorgen machen muss, vielmehr sei die Verschmutzung desselben längst eingetreten, also Realität. Der Grund dafür liegt in eben dieser Versenkung von Salzabwässern.

Auch wenn die Grünen das in der Zeit vor der Übernahme des hessischen Ministerpostens für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz alles sehr genau wussten und da noch die Auffassung vertraten, dass die Versenkung von Salzabwasser spätestens im Jahr 2011 beendet sein muss, gibt es dennoch heute den sogenannten Vier-Phasen-Plan: Und der trägt die Handschrift der Grünen Umweltministerin Priska Hinz.

Mit diesem Plan, den die Ministerin zusammen mit K+S Boss Norbert Steiner im September vergangenen Jahres stolz verkündet hat, ignorieren die Ministerin und der Konzernchef, dass die versenkte Salzlauge an vielen Stellen bereits an die Oberfläche kommt. Gemeinsam leugnen Politik und Konzern außerdem den Tatbestand, dass es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Versenkung von Salzabwässern und der Versalzung des Grund- und Trinkwassers gibt. Auch die Anzeigen, die gegen die Umweltministerin vorliegen, werden ignoriert, wie auch ignoriert wird, dass noch so wissenschaftlich daher kommende Computermodelle (damit ist das sogenannte dreidimensionale Grundwassermodell gemeint) auf unabsehbare Zeit keine zuverlässigen Prognosen über den Verbleib der versenkten Salzlauge geben können.

Statt großzügige Genehmigungen bzw. Tolerierungen zu erteilen, hätte Frau Hinz aufgrund des fehlenden Nachweises der Unbedenklichkeit das Regierungspräsidium Kassel anweisen müssen, die Versenkungsgenehmigung von 2011 zu widerrufen. Für eine erneute Versenkerlaubnis im Rahmen des „Vier-Phasen-Plans“, des „optimierten Vier-Phasen-Plans“, des „Masterplans Salzreduzierung“ oder einer „Übergangsregelung“ gibt es weder eine sachliche noch eine gesetzliche Grundlage. Zum Antrag von K+S auf Versenkung von Salzabwässern bis 2021 (Phase 1) stellt z.B. das Thüringer Landesverwaltungsamt in einem Schreiben vom 30.10.2015 an den Regierungspräsidenten von Kassel trocken fest: „...der Antrag (ist) in der vorliegenden Form nicht erlaubnisfähig. [...] Ebenso sind die künftigen Auswirkungen der beantragten Salzabwasserversenkung nicht zu kalkulieren und nicht zu überwachen“. Die von den Thüringer Behörden beauftragte Ingenieursgesellschaft delta h ist bereits nach einer einfachen Prüfung des von K+S vorgelegten Grundwassermodells zu einem vernichtenden Urteil gekommen: Damit „[...] können weder qualitative noch quantitative Aussagen über den Verbleib des Salzwassers im Buntsandstein getroffen werden.“ Im Übrigen enthielte der Antrag zahlreiche weitere gravierende Fehler und teils völlig unrealistische Annahmen.

Ohne den Vier-Phasen-Plan hier im Detail besprechen geschweige denn würdigen zu können, muss festgehalten werden: Wenn am Ende aller Bemühungen, Investitionen und Genehmigungen - irgendwann so

um 2075 herum – als Ergebnis dieses fatalen Planes feststeht, dass immer noch bis zu 1,5 Millionen Kubikmeter Salzwasser aus den bis dahin immer weiter angewachsenen Salzhalden die Werra und Weser verschmutzen dürfen und wenn außerdem der Grenzwert für Chlorid nach der Wasserrahmenrichtlinie der EU dann statt der vorgeschriebenen 300 mg/l immer noch 800 mg/l betragen darf, dann ist dieser Plan kein guter, sondern Bullshit. Auch wenn hier eine grüne Ministerin den Stift geführt hat, durchgesetzt hat sich der Konzern. Die Interessen der Region und die der dort wohnenden Menschen, die Ökologie und alles, was in den betroffenen Bereichen von Werra und Weser rumschwimmt, sind bei diesem Plan auf der Strecke geblieben.

Was stattdessen her muss, sind präzise Festsetzungen von Abwassergebühren für die Einleitung von Salzlaugen in den Untergrund und in die Werra bzw. Weser. Was außerdem dringend ausgehandelt werden muss, ist, dass so schnell wie möglich – wie andernorts längst praktiziert – das anfallende Abraummateriale gleich wieder zurück in die Stollen der Bergwerke gebracht wird. Gemäß dem United Nations Environmental Programm von 2001 (UNEP) muss eine abwasserfreie Kaliproduktion zur Norm werden. Dafür tritt DIE LINKE ein. Mit modernen Produktionstechniken müssen die flüssigen Abfälle eingedampft, die darin enthaltenen Rohstoffe zusätzlich verwertet und die festen Reste zusammen mit den Halden sukzessive wieder in die Hohlräume unter Tage eingebaut werden. Das erhöht die Ausbeute, sichert die Hohlräume, entlastet die Umwelt, macht Werra und Weser wieder zu Süßwasserflüssen und sichert längerfristig Arbeitsplätze im Kalirevier. Was andere Kaliwerke können, muss auch in unserer Region zur Regel werden. Und zwar jetzt und nicht erst dann, wenn K+S es möchte. Wir brauchen eine Politik, die genau das durchsetzt, Frau Prinz.

Marjana Schott/Eckhard Jochum

Von den k+s Salzbergen fließen riesige Mengen Salzwasser mit dem Regen ab



7. Kasseler Kultur- und Sozialkompass!

Die neue Auflage – wieder mit 5000 Exemplaren - ist da! Der Kasseler Kultur- und Sozialkompass wurde aktualisiert und ist nun in der 7. Auflage erschienen. Viele Öffnungszeiten haben sich geändert, neue Angebote sind dazu gekommen, andere sind weg gefallen.

Die Broschüre versteht sich als alternativer Stadtführer für Menschen mit wenig Geld, der eine unbürokratischere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vereinfachen soll. Die Kasseler Linke sieht dieses Projekt als eine Ergänzung zu ihrem politischen Engagement im sozialen Bereich. Hierzu gehören unter anderem der seit Jahren andauernde Einsatz für ein Sozialticket in Kassel oder einen Kasselpass/Sozialpass. In der aktualisierten 7. Auflage des Sozialkompass finden sich neben der allgemeinen Rubrik „Befreiungen und Ermäßigungen“ für Menschen mit wenig Geld vor allem lokale Angebote in den Bereichen „Essen und Trinken“, „Einkaufen“ und „Freizeit“. Aufgeführt sind z.B. günstige oder kostenfreie Angebote der Stadtteil- und Gemeindezentren, an Orten für Kunst und Kultur oder im Bereich Sport und Spiel für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Das Heft bietet zusätzlich einen breiten Überblick über Beratungsangebote zu den Schwerpunkten Gesundheit, Migration, Schulden, Wohnungslosigkeit und allgemeine Sozialberatung. Zusätzlich finden sich Angebote für Frauen oder Eltern. Am Ende der Broschüre findet sich noch ein Teil mit Initiativen und Gruppen, die zum Mitmachen und aktiv-

werden einladen.

In den letzten Jahren ist der Sozialkompass bekannt und beliebt geworden. Viele Beratungsstellen, Zentren und Projekte verteilen inzwischen den Kompass. Das Feedback bei der Verteilung der Neuauf-

Nachahmer gefunden. Das motiviert zum Weitermachen: Auf der Internetseite sozialkompass-kassel.de findet man zusätzliche Angebote und einige Beiträge auf Türkisch. Zusätzlich haben wir letztes Jahr begonnen, Beiträge auf Englisch und Französisch für die Internetseite zu übersetzen, um auch den neu Angekommenen bei der Orientierung zu helfen. Wir freuen uns sehr über Feedback und Hinweise auf weitere Angebote und möchten uns bei allen, die die Finanzierung unterstützt haben, bedanken.

Die neue Broschüre ist demnächst an vielen Orten in Kassel zu bekommen, z.B. bei den Einrichtungen von Diakonie, Caritas, diversen Stadtteil- und Gemeindezentren, in Kulturzentren wie dem Schlachthof, ebenso wie im Café Nautilus oder bei der Sozialen Hilfe. Auch Migrations- und Sozialberatungsstellen haben den Sozialkompass zum Weitergeben ausliegen.

Bei Interesse kann die Broschüre im Fraktionsbüro der Kasseler Linken unter der Telefonnummer 0561-7873315 oder per Mail info@sozialkompass-kassel.de bestellt werden. Im Büro DIE LINKE in der Schillerstr 22 und vor dem Fraktionsbüro im Rathaus Kassel liegt der Sozialkompass zum Mitnehmen aus.



lage war durchweg lobend und von großer Anerkennung für diese Arbeit gezeichnet. Auch in anderen Städten hat er inzwischen

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25 nicht in den Schulferien

Jeden Dienstag 14.30 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung
mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs
Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

6.3. 8 - 18 Uhr Kommunalwahl in deinem Wahllokal
oder ab sofort per Briefwahl im Bürgersaal im
Kasseler Rathaus

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke.de/termine

Impressum linKSzeitung

Herausgeber: Kasseler Linke
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum
Schillerstrasse 21, 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de
www.kasseler-linke.de
Auflage: 10.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

**DIE
LINKSZEITUNG**

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.